



Landespressekonferenz

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg (GEW)

am 29. April 2019 in Stuttgart

„Schöner Beruf schwer gemacht“

Vorstellung der Umfrage der GEW Baden-Württemberg zu Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit an Schulen und Folgerungen

Statement der GEW-Landesvorsitzenden Doro Moritz

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Geht's Ihnen gut an der Schule?“ wollte die Bildungsgewerkschaft GEW wissen und 5.700 Lehrkräfte und Schulleitungen aus allen Schularten und aus allen Regionen Baden-Württembergs haben auf eine umfangreiche Umfrage zur Arbeitszufriedenheit, Arbeitszeit und Arbeitsbelastung an den Schulen im Land geantwortet.

Die enorm hohe Antwortbereitschaft liefert vielfältige und valide Ansatzpunkte zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Schulen.

Der Fragebogen und zahlreiche Ergebnisse einzelner Fragen sind der Medienmappe beigelegt. Gerne gebe ich Auskunft zu einzelnen Fragen.

Statistische Angaben zur Umfrage:

Teilnehmende	5.703
Davon Frauen	ca. 75 %
Davon Männer	ca. 25 %
Angabe „divers“	Vereinzelte

Altersgruppen	
Bis 30-jährige	13 %
31- bis 40-jährige	32 %
41- bis 50-jährige	27,5 %
51- bis 60-jährige	21 %
ab 61 Jahre	6 %

Unterricht in nur einer Schulart

Grundschule	1462
SBBZ	568
HS/WRS	165
Realschulen	706
Gemeinschaftsschule	513
Gymnasium	644
Berufliche Schule	918

Beschäftigtengruppen

Lehrer/innen	88 %
Schulleitungen	6 %
Referendar/innen	2 %
Andere Tätigkeit	3 %

In inklusiven Bildungsangeboten

Ja	34 %
Nein	66 %

Die Umfrage ergab in einem wesentlichen Punkt ein positives Ergebnis:

Alles in allem ist meine Arbeit sinnstiftend ...(Frage 15), Anlage Abb. 2

Wir haben gefragt, wie die Arbeit alles in allem empfunden wird. Bei dieser Frage gab knapp ein Viertel an, sie sei „völlig sinnstiftend“, knapp die Hälfte bewertet diesen Aspekt mit „stimmt ziemlich“.

Der Anteil derjenigen, die keinen oder nur einen geringen Sinn sehen, ist mit zusammen gut 5 Prozent sehr niedrig. Die Befragten widersprechen ganz deutlich der Aussage, dass ihre Arbeit „niemanden zu wünschen“ sei (48 Prozent).

Während 20 Prozent ihre Arbeit als „ziemlich“ frustrierend angeben, meinen etwa 50 Prozent, dass die Arbeit völlig oder ziemlich zufriedenstellend sei.

Die Werte sind an Schulen der Sekundarstufe 1 (Haupt-/Werkrealschule, Realschule, Gemeinschaftsschule) auffällig niedriger (negativer).

Die weiteren Ergebnisse

Arbeitszufriedenheit (Fragen 20 bis 30)

Mehrere Faktoren haben wir zur Arbeitszufriedenheit abgefragt. Sie wird in hohem Maße von den sozialen Beziehungen, also dem Verhältnis zu Vorgesetzten und Kolleg/innen beeinflusst. Wir fragten mit ausschließlich positiven Zuschreibungen nach der Schulleitung: vertrauenswürdig, gerecht, rücksichtsvoll, fair, kompetent.

Etwa 18 Prozent der Befragten haben eher schwierige Beziehungen zu ihren Schulleitungen, während 60 Prozent ihre Schulleitungen sehr gut bis gut bewerten.

Die Befragten geben an, dass sie sich in ihrem Kollegium angenommen, wertgeschätzt, respektiert, unterstützt und wohl fühlen. Lediglich die gegenseitige Unterstützung könnte etwas besser sein. Die beste Bewertung für ihre Schulleitungen und ihr Kollegium gaben Grundschulen und Haupt-/Werkrealschulen ab.

Wie beurteilen Lehrkräfte die Herausforderungen im Unterricht? Anlage Abb. 3 (Fragen 33 bis 41)

An neun Faktoren konnten die Lehrkräfte die Herausforderungen im Unterricht beurteilen und die Faktoren, die bei der Qualität des Unterrichts eine Rolle spielen. Wir wollten wissen, wo es hakt. Die Leistungsbandbreite der Schüler/innen ist über alle Schularten hinweg das größte

Problem, gefolgt von der Disziplin und dem Verhalten der Schüler/innen.

Innerhalb der Schularten bezeichnen Lehrkräfte an Gymnasien und die SBBZ die Leistungsbandbreite seltener als Herausforderung. Die Realschulen weisen mit Abstand den höchsten Wert aus.

Disziplin- und Verhaltensprobleme (Anlage Abb. 5) sind an den Schulen der Sekundarstufe 1 häufiger ein Problem. Mehr als 60 Prozent geben an, dass dies häufig bzw. meistens/immer ein Problem ist. Beide Faktoren werden an Gymnasien und beruflichen Schulen am wenigsten als Problem für den Unterricht betrachtet.

Sprachprobleme der Schüler/innen (Frage 34, Anlage Abb. 4) sehen immerhin 22 Prozent als eine sehr starke bzw. starke Belastung und gut ein Drittel als mittelmäßige Belastung.

Sprachprobleme sind nach Angaben der Haupt-/Werkrealschulen bei mehr als 64 Prozent häufig bzw. meistens/immer ein Problem.

Fachfremden Unterricht benennen 27 Prozent der Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen häufig bzw. meistens/immer als Problem (Anlage Abb. 6).

Die Gemeinschaftsschulen beklagen zu gut 50 Prozent, dass die fehlende Zeit für Teamarbeit und kollegialen Austausch ein Problem darstellt.

Welche Faktoren beeinträchtigen die Arbeitszufriedenheit? Anlage Abb. 7 (Fragen 42 bis 49)

Zeitmangel und das Gefühl gehetzt zu sein sind die mit deutlichem Abstand größte Ursache für Unzufriedenheit.

Deutlich mehr als 80 Prozent (etwas niedriger an SBBZ und beruflichen Schulen) sehen dies als sehr starken oder starken Faktor der Beeinträchtigung.

Über 60 Prozent der Befragten sagen, dass ihre Arbeitszeit nie oder selten ausreicht. Als ein wesentlicher Grund wird genannt, dass die Aufgaben außerhalb des Unterrichts zugenommen haben. Der Zeitanteil der außerunterrichtlichen Arbeitszeit (für Vor- und Nacharbeit, für Kooperationen und Koordination, für Elternarbeit und Ähnliches) hat bei über 60 Prozent „deutlich zugenommen“, bei weiteren knapp 30 Prozent „zugenommen“. Nahezu keine Lehrkraft ist von dieser Arbeitsverdichtung verschont (s. Anlage Abb. 9).

Die Arbeitszeit als Faktor der Arbeitszufriedenheit wirkt sich mit knapp 73 Prozent an den Gemeinschaftsschulen am negativsten aus.

„Es ist Zeit für mehr Zeit“. Diese GEW-Forderung hat sich eindeutig bestätigt.

Zur Ausstattung mit Fachräumen geben die beruflichen Schulen die beste Bewertung ab, ein Drittel der WRS und GMS benennt dies als Problem.

Ein weiteres Problem ist der Lärm. 55 Prozent fühlen sich davon beeinträchtigt. Besonders negativ sind die Werte an Hauptschulen/Werkrealschulen, Grundschulen, Realschulen und Gymnasien.

Besonders wichtige Maßnahmen der Entlastung und Unterstützung – 3 Wünsche; Anlage Abb. 10 (Frage 51)

Von den 13 vorgeschlagenen Maßnahmen ist der Wunsch nach kleineren Klassen Spitzenreiter.

Knapp zwei Drittel der Befragten haben diese Maßnahme als hilfreich gewählt.

50 Prozent fordern die Anrechnung von außerunterrichtlichen Tätigkeiten auf das Deputat.

Ein Drittel meint, dass weniger oder/und effektivere Sitzungen entlastend wirken.

Als viertes Item wird der Vertretungsunterricht genannt.

An Realschulen beeinträchtigen die Lernvoraussetzungen der Schüler/innen mit mehr als 62 Prozent die Arbeitszufriedenheit.

Die Schularten, die in beträchtlichem Umfang inklusiv arbeiten (Grundschulen, Werkrealschulen und Gemeinschaftsschulen), haben unter den drei Prioritäten mehr sonderpädagogische Unterstützung genannt. Diese Schularten sind es, die zu 60 bis 70 Prozent angeben, die räumliche und sächliche Ausstattung für die Inklusion sei nicht bzw. eher nicht geeignet.

Nicht aufgelistet hatten wir in der Umfrage die Senkung des Deputats als Maßnahme der Entlastung. Sie wurde im Freitext in überwältigendem Umfang eingefordert.

Erfahrungen mit der Inklusion; Anlage Abb. 15 (Fragen 56 bis 59)

Bei der Erfahrung mit Inklusion zeigt sich eine breite Streuung zwischen den Schularten: GMS 74,4 %, HS/WRS 53,1 %, GS 33,8 %, RS 27,3 %, SBBZ 24,9 %, GYM 10,3 %, (BS 20 %).

Bei inklusiven Bildungsangeboten ist der Mangel an Sonderpädagog/innen für alle betroffenen Schularten das größte Problem. 60 bis 80 Prozent bezeichnen die Ausstattung mit Sonderpädagog/innen als nicht bzw. eher nicht ausreichend.

Allerdings ist die Haltung zur Inklusion (Anlage Abb. 16) positiver als die Umsetzung in der Praxis, am positivsten an SBBZ und Gemeinschaftsschulen.

Große Unzufriedenheit äußern die mehrheitlich betroffenen Schularten an der sächlichen und räumlichen Ausstattung.

Die Mängel insgesamt sind wohl der Grund dafür, dass die inklusiv arbeitenden Schularten (Grundschule, Haupt-/Werkrealschule, Gemeinschaftsschule) mehrheitlich der Aussage widersprechen, dass die Inklusion gut läuft (Anlage Abb. 17). Die beste Bewertung dazu geben die SBBZ und die Gemeinschaftsschulen ab.

Von allen Befragten, die mehr Unterstützung bei der Integration von Migrant/innen und mehr sonderpädagogische Unterstützung für die Inklusion angegeben haben, sind 40 bzw. 46 Prozent an Grundschulen (Anlage Abb. 11).

Digitalisierung; Anlage Abb. 12 bis 14 (Fragen 52 bis 55)

Digitalisierung ist ein großes Thema im Koalitionsvertrag, auf der bundespolitischen Ebene mit dem Digitalpakt und natürlich an den Schulen selbst. Wir wollten deshalb anhand weniger Beispiele erfahren, wie die Erfahrungen im Klassenzimmer sind.

Der große Anteil der Befragungsteilnehmer/innen hat keine Erfahrung mit digitalen Medien:

Bei interaktiven Tafeln sind es 58 Prozent, bei Lernplattformen 56 Prozent und beim Einsatz von Tablets oder Smartphones sind noch 47 Prozent ohne Praxis.

Über die meiste Erfahrung verfügen die SBBZ, die Gemeinschaftsschulen und die beruflichen Schulen. Drei Viertel der Grundschullehrkräfte haben keine Erfahrung mit digitalen Medien.

Betrachtet man nur die Antworten derjenigen, die Erfahrung haben, ergibt sich ein gemischtes Bild: Interaktive Tafeln und Smartphones/Tablets erzielen mit sehr positiver und positiver Praxis Werte nahe 50 Prozent. Bei den Lernplattformen scheint die Wirkung noch offen zu sein: Über 50 Prozent verhalten sich hier neutral. Diese Ergebnisse machen deutlich, dass die digitale Praxis äußerst heterogen ist.

Ganztag (Fragen 61 bis 65)

Dass nur knapp 15 Prozent der Lehrkräfte einen pädagogischen Mehrwert in der Ganztagschule sehen, ist alarmierend. Am positivsten bewerten die SBBZ mit 30 Prozent den Ganztag. Die Gemeinschaftsschulen geben mit knapp 23 Prozent (sehr positiv/positiv) und knapp 44 Prozent (sehr negativ/negativ) eine sehr heterogene Bewertung ab.

Die Zusammenarbeit mit den außerschulischen Partnern wird am besten bewertet, Raumsituation und Arbeitsbedingungen (53 Prozent) schneiden in der Bewertung schlecht ab.

Es ist deshalb nicht überraschend, dass generell eine eher zurückhaltende bis ablehnende Bewertung zustande kommt. Bei der Ausgestaltung des Ganztags ist noch viel Luft nach oben.

Schulleitungen

Die spezifische Auswertung der teilnehmenden Schulleitungen zeigt, dass sie ihre Arbeit und die Arbeitsbedingungen insgesamt positiver bewerten als die Gesamtzahl der Teilnehmenden. Gleichzeitig reicht ihre Arbeitszeit noch deutlich weniger aus als bei dem gesamten Teilnehmerfeld.

Bei der Bewertung von Maßnahmen zur Entlastung und Unterstützung ergeben sich deutliche Unterschiede zu allen Teilnehmenden.

Die drei Prioritäten bei allen Teilnehmenden waren:

Kleinere Klassen, Anrechnung von außerunterrichtlichen Tätigkeiten auf das Deputat, weniger/effektivere Sitzungen

Die drei Prioritäten bei den Schulleitungen:

Anrechnung von außerunterrichtlichen Tätigkeiten auf das Deputat, kleinere Klassen, weniger Vertretungsunterricht

Weniger/effektivere Sitzungen werden von den Schulleitungen als letzte von 13 Möglichkeiten der Entlastung und Unterstützung genannt.

Gute Fortbildung und externe Begleitung von Schulentwicklung wird bei den Schulleitungen und der Gesamtzahl der Befragten sehr nachrangig genannt.

Gestaltungsspielraum bei der Arbeitszeit (Fragen 66 bis 69)

Wir haben Lehrkräfte nach dem Gestaltungsspielraum bei ihrer Arbeitszeit gefragt.

Der Gestaltungsspielraum lässt sich mit Fragen zu Wechselmöglichkeiten von Teilzeit und Vollzeit, Umgang mit Mehrarbeitsunterricht, schulinternen Kooperationen/Präsenzterminen an unterrichtsfreien Tagen und der Überschneidung/Wahrnehmung von dringenden privaten Terminen (Trauerfeier, Behördentermin ...) während der gebundenen Arbeitszeit messen.

Ein recht geringes Problem ist der Wechsel von Vollzeit und Teilzeit. Entweder die Frage stellt sich nicht (36 Prozent) oder der Spielraum wird als passend beschrieben (46 Prozent).

Anders lauten die Antworten bei den Kooperations- und anderen Präsenzterminen an unterrichtsfreien Tagen: Hier wünschen sich 50 Prozent einen größeren Spielraum. Noch größer ist der Wunsch, dringende private Termine wahrnehmen zu können (54 Prozent).

Für jeweils ein Drittel der Befragten sind die geltenden Spielräume bei Privat- und Präsenzterminen in Ordnung. Auffällig ist, dass die Vereinbarkeit von Privatterminen mit der gebundenen Arbeitszeit nur für 12 Prozent „kein Thema“ ist.

Für einen großen Teil der Befragten ist der Spielraum beim Umgang mit Mehrarbeitsunterricht zu gering. 52 Prozent der Kolleg/innen wünschen sich hier mehr Gestaltungsspielraum. Immerhin sind für ein Viertel die aktuellen Regelungen an ihrer Schule positiv.

Die GEW hat mit dem Slogan „Es ist Zeit für mehr Zeit“ den Nerv der Lehrkräfte und Schulleitungen getroffen. Sie wünschen sich mehr Zeit für die Schüler/innen durch kleinere Klassen, mehr Zeit für die Bewältigung der täglichen Herausforderungen und vor allem für die Aufgaben, die nicht direkt den Unterricht betreffen. Mehr Gestaltungsfreiheit bei der persönlichen Arbeitszeit ist ebenfalls ein markantes Thema.

Welche Konsequenzen erwartet die GEW von Kultusministerin Eisenmann und der Landesregierung?

Die Forderungen sind in hohem Maße mit zusätzlichen finanziellen Investitionen verbunden. Die GEW ist allerdings davon überzeugt, dass sich Baden-Württemberg Zurückhaltung bei Bildungsinvestitionen nicht leisten kann.

1. Umgang mit Heterogenität und Schulentwicklung professionell unterstützen

Gute Fortbildung, externe Begleitung von Schulentwicklung wird in sehr geringem Umfang als Unterstützung wahrgenommen. Das kann an den (fehlenden) Erfahrungen liegen, aber auch daran, dass dies mit weiterer zusätzlicher Arbeitszeit verbunden ist.

Immerhin acht Prozent der Befragten an Gemeinschaftsschulen und 11 Prozent der Schulleitungen wünschen sich Begleitung bei der Schulentwicklung. Es ist dringend notwendig, die komplexe Aufbauarbeit der jungen Schulart konzeptionell und personell zu unterstützen.

Unterstützungsbedarf drängt sich insbesondere für die Realschulen auf, die mit der Leistungsbandbreite sowie Disziplin- und Verhaltensproblemen verständlicherweise in eine Überforderungssituation und Abwehrhaltung gegenüber schwachen Schüler/innen bzw. Schüler/innen mit besonderen Herausforderungen geraten sind.

Das Kultusministerium muss Wege entwickeln und Ressourcen bereitstellen, mit denen Schulentwicklung, auch über den Aufbau professioneller Lerngemeinschaften, gestärkt werden kann. Beim neuen Qualitätskonzept ist die Frage des Berufsbildes der Fortbildner/innen und der Berater/innen, auch der Qualifizierung der Schulverwaltung völlig ungeklärt.

2. Arbeitszeit und Arbeitsbelastung senken

Die Arbeitszeit (Deputate) ist zu hoch. Der Zeitmangel ist ein erheblicher Faktor der Arbeitszufriedenheit und der Qualität. Erfolgreich arbeiten und dabei gesund bleiben – das darf kein Widerspruch sein. Dies hat auch Auswirkungen auf den Lehrkräftenachwuchs, da die Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen die Attraktivität des Lehramts senken.

Ältere Lehrkräfte haben auch aufgrund ihrer Erfahrung in höherem Maße zusätzliche Aufgaben außerhalb des Unterrichts. Deshalb ist eine stärkere Entlastung in den Jahren vor dem Ruhestand nicht nur aus Fürsorgepflicht geboten. Sie ist auch eine Maßnahme zur Senkung des Lehrkräfte- und Schulleitermangels. Denn der wird dadurch verschärft, dass nur 26 Prozent der Lehrkräfte bis zur gesetzlichen Altersgrenze im Schuldienst arbeiten.

Das Kultusministerium muss Wege finden, diese Zahl durch attraktive Arbeitsbedingungen zu erhöhen. Die GEW schlägt eine deutliche Erhöhung der Altersermäßigung vor.

Die Klassen sind zu groß.

Ein Stundenpool, mit dem in einem ersten Schritt an den Schulen Entlastung bei besonderen pädagogischen Herausforderungen (große und „schwierige“ Klassen) und/oder bei Sonderaufgaben geschaffen werden kann, wäre hilfreich.

Wer die geforderten 10.600 Lehrerstellen von Kultusministerin Eisenmann genau betrachtet, stellt fest, dass dabei nur wenige Stellen der Entlastung von Lehrkräften bzw. Schulleitungen dienen: Dass die Kürzung der Entlastungsstunden (230 Deputate) erst 2023 zurückgenommen werden soll, ist ebenso inakzeptabel wie die Perspektive, dass die zusätzliche Zeit für Schulleitungen mit 316 Stellen erst für den Haushalt 2022 (nächste Wahlperiode) vorgesehen ist.

Die Vertretungsreserve muss ausgebaut werden. Im (unverbindlichen) Papier der Kultusministerin sind 134 Neustellen im Jahr 2026 und jeweils 100 Stellen in den beiden Folgejahren vorgesehen. Bessere Bedingungen für Schulleitungen müssen im Kontext der Qualitätsentwicklung und der Gewinnung von Schulleitungen gesehen werden.

3. Lehrkräfte gewinnen

Die GEW hat kein Verständnis dafür, dass die große Schar arbeitsloser Gymnasiallehrkräfte nicht eingesetzt wird, um mit zusätzlichen Lehrstellen die Vertretungsreserve an Schulen mit gymnasialen Bildungsgängen auszubauen.

Für die arbeitslosen Gymnasiallehrkräfte besteht nicht nur in der Vertretungsreserve Bedarf: Die Vorwahlen nach den neuen Regelungen zur Oberstufe an den allgemeinbildenden Gymnasien zeigen es deutlich: Für die nötige Kursvielfalt fehlen trotz einer Anpassung der Oberstufenformel im großen Stil Lehrerwochenstunden. Städtische Gymnasien werden diesen Mangel zumindest teilweise durch eine noch stärkere Kooperation ausgleichen können - mit deutlich negativen Folgen für die Stundenpläne. Insbesondere ländliche und kleinere Schulen jedoch werden ihre Angebotsvielfalt deutlich einschränken müssen: Das ist aus Sicht der Schülerinnen und Schüler ein deutlicher Qualitätsverlust bei der Vorbereitung auf Abitur und Studium. Außerdem erhöht sich durch die entstehenden großen Kurse die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte noch weiter. Die "Neue Oberstufe" ist strukturell zwar neu angelegt, aber in Bezug auf die nötigen Ressourcen jedoch genauso strukturell unterversorgt. Die Wahlmöglichkeiten für die Schüler/innen, die mit der neuen Kursstufe eigentlich ausgeweitet werden sollten, werden durch diese strukturelle Unterversorgung konterkariert. Wer Qualität will, muss sie ermöglichen – zum Beispiel durch mehr Stunden für die Oberstufe und damit mehr Auswahl bei den Kursen.

Die Prognose des Lehrkräftebedarfs aller Lehrämter muss zwingend nicht nur an der Entwicklung der Schülerzahlen und der Zahl der Pensionierungen ausgerichtet werden. Der künftige pädagogische Bedarf und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten müssen von den politisch Verantwortlichen bei den Planungen eingerechnet werden.

Der Bedarf an Grundschullehrer/innen und Sonderpädagog/innen in Baden-Württemberg kann mit den derzeitigen Ausbildungskapazitäten bis zum Jahr 2030 nicht gedeckt werden. Sonderpädagogische Kompetenz an den SBBZ und in der Inklusion bleibt deshalb inakzeptabel. Die mangelnde Ausstattung an Grundschulen verstärkt Bildungsbenachteiligung und verschärft die Probleme in der Sekundarstufe 1. Sie verhindert auch die Förderung Leistungsstarker. Auch im Lehramt Haupt-/Werkreal-/Realschulen besteht inzwischen Lehrermangel. Die Studienplätze in diesen Lehrämtern müssen deutlich ausgebaut werden.

Für befristet Beschäftigte müssen individuelle Angebote der Weiterqualifizierung mit dem Ziel der unbefristeten Einstellung entwickelt werden.

Es gibt keine Bemühungen des Kultusministeriums oder des Wissenschaftsministeriums, migrierten Lehrkräften den Zugang zum Schuldienst zu ebnen. Die Initiative der PH Weingarten ist vorbildlich und sollte ausgebaut werden.

4. Sprachförderung ausbauen

Sprachförderung – in der Grundschule und in den Schulen der Sekundarstufe 1 - muss massiv ausgebaut werden. Dass Unterricht in der Sekundarstufe 1 in beträchtlichem Umfang erschwert wird durch mangelnde Sprachkompetenz, ist ein Armutszeugnis für unser Land.

Hier greift das Argument des Lehrermangels nicht: An unseren Schulen unterrichten viele Lehrkräfte mit befristeten Verträgen, die ein wissenschaftliches Studium für Deutsch als Zweitsprache oder Deutsch als Fremdsprache absolviert haben. Sie haben Kompetenzen, die die Lehrkräfte mit

Lehramtsstudium nicht haben. Die GEW hat beim Kultusministerium eingefordert, einen Weg der Entfristung zu finden.

5. Lernvoraussetzungen der Schüler/innen bei Ressourcenzuweisung berücksichtigen

Schulen müssen bedarfsgemäß ausgestattet werden: Die Umfrage hat sehr deutlich gemacht, dass die Bedingungen an den Schulen der Sekundarstufe 1 äußerst unbefriedigend sind. Schulen brauchen eine Zuweisung, die ihre sozioökonomische Situation berücksichtigen (Sozialindex).

6. Multiprofessionelle Teams aufbauen

Auch in Zeiten des Lehrermangels gibt es Möglichkeiten, die Schulen personell zu unterstützen:

- Multiprofessionelle Teams
- Schulsozialarbeit
- Päd. Assistent/innen – mit vorbereitender Qualifizierung
- Entlastung von Verwaltungsaufgaben

Wissenschaftliche Untersuchungen der Lehrerarbeit belegen, dass die Tätigkeiten über den Unterricht hinaus in beträchtlichem Umfang zugenommen haben. Lehrkräfte sind für diese Aufgaben vielfach nicht qualifiziert.

Der Aufbau sozialpädagogischer Konzepte mit Profis und die Stärkung von Teamarbeit sehen wir als wichtigen Entlastungsfaktor und Element guter Schule. Schulen müssen für die heterogenen Lernausgangslagen und individuellen Rahmenbedingungen der Schülerinnen und Schüler mehr Zeit und Kompetenzen zur Verfügung haben.

Land und Schulträger müssen für den Ausbau der Schulsozialarbeit und die Reduzierung von Verwaltungsaufgaben rasch eine Lösung finden.

7. Inklusion als gesellschaftliche Aufgabe

Es tut weh, wie die Akzeptanz der Inklusion als gesellschaftliche Aufgabe durch ungenügende Rahmenbedingungen geschwächt und in ihrer Wirkung beeinträchtigt wird.

Schulen müssen in inklusiven Bildungsangeboten mit mindestens 20 Stunden pro Woche doppelt besetzt sein. Das Zwei-Pädagog/innen-Prinzip ist wichtig für erfolgreiche Inklusion.

8. Land und Schulträger müssen Infrastruktur verbessern

Die Umfrage macht deutlich, dass die sächliche und räumliche Ausstattung der Schulen den veränderten pädagogischen Aufgaben nicht gerecht wird.

Wir sind auch weit davon entfernt, in absehbarer Zeit eine angemessene Ausstattung der Digitalisierung zu erreichen.

Schulräume für innovative und individualisierte pädagogische Konzepte und für die Inklusion stehen in engem Zusammenhang mit einer Qualitätsentwicklung an Schulen und besseren Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte und Schulleitungen.

Das gilt auch für den Ganzttag. Mittagessen in Klassenräumen, hoher Organisationsaufwand, fehlende Räume für außerunterrichtliche Angebote, ungenügende Außenflächen senken für alle Beteiligten die Attraktivität des Ganztags.

Unterschätzt wird in dem Zusammenhang auch der vernachlässigte Lärmschutz. Er führt zu beträchtlich negativen gesundheitlichen Folgen für die Lehrkräfte.

9. Ergebnisse wissenschaftlicher Erfassung und Bewertung von Lehrerarbeit berücksichtigen

Lehrerarbeit ist inzwischen sehr gut erforscht. Die Arbeitszeitstudie von 2015/2016 an Niedersächsischen Schulen und die Auswertung weiterer Studien durch Frank Mußmann u.a. haben die Mehrarbeit von Lehrer/innen unter voller Einberechnung der unterrichtsfreien Zeiten belegt. Teilzeitkräfte bringen relativ größere Zeitanteile ein, als sie von ihrer Stundenverpflichtung her müssten.

Vollzeitlehrkräfte überschreiten aufgrund begrenzter zeitlicher Spielräume ihre Soll-Arbeitszeiten seltener.

Lehrkräfte an Gymnasien hatten 1892 ein Deputat von 24 Unterrichtsstunden und unterrichten derzeit in Baden-Württemberg 25 Unterrichtsstunden.

An Volks- und Grundschulen waren es 1873 30 Unterrichtsstunden, heute sind 27 bzw. 28 Stunden.

Während 1960 der Anteil des Unterrichts in der Tätigkeitsstruktur ca. 50 Prozent in der Grundschule ausmachte und 40 Prozent am Gymnasium ausmachte, ist der Anteil in beiden Schularten um 10 Prozentpunkte gesunken. Die „sonstigen Aufgaben“ sind auf rund ein Drittel angestiegen und haben sich verdoppelt:

- Die professionelle Rolle von Lehrkräften wandelt sich
- Unterricht hat anteilig einen immer geringeren Stellenwert
- Nicht unmittelbar unterrichtsbezogene Tätigkeiten nehmen zu

Lehrkräfte arbeiten mehrheitlich entgrenzt und haben zu wenig Erholzeiten während der Schulzeit.

Die Politik sollte

- akzeptable Rahmenbedingungen gestalten und für Entlastung sorgen
- die Leistungsträger/innen schützen
- psychisch Erschöpfte und Hochbelastete gezielt stärken
- Maßnahmen ergreifen, die die Zahl der Lehrkräfte erhöht, die bis zum Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze im Schuldienst bleiben. Das sind derzeit nur 26 Prozent, was den Lehrermangel zusätzlich verschärft.

Es besteht massiver Handlungsbedarf. Mit dem riesigen Umbau der Schul- und Kultusverwaltung, mit dem Aufbau neuer Institute, mit der Stärkung von Kontrolle und Aufsicht will Kultusministerin Susanne Eisenmann die Qualität voranbringen. Das Konzept geht an den Bedürfnissen der Schulen vorbei. Schulen können nicht Jahre warten bis Konzepte vom ZSL, dem neuen Institut für Schulqualität und Lehrerbildung, kommen. Offen ist außerdem, was die Konzepte leisten.

Die GEW Baden-Württemberg betont: Schulqualität, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen stehen in engem Zusammenhang.

Entlastungen führen zu Qualitätsverbesserungen und zum Abbau von Gesundheitsgefährdungen.

Es ist Zeit für mehr Zeit!